

Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal

Arbeitskreis: Naturhaushalt und Landschaftsbild

6. Sitzung

4. November 2009

Beschlossenes Protokoll

Datum: 04.11.2009
 Beginn: 16:15 Uhr
 Ende: 20:10 Uhr
 Ort: WSA Berlin
 Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
 Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen an der 6. Sitzung des Arbeitskreises:

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	Herr Hädicke		anwesend
Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin	Frau Dr. Ernst	Leiterin der Arbeitsgruppe Landwehrkanal	anwesend

Senat von Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Frau Kayser	Oberste Denkmalbehörde Planung und Gestaltung von Straßen und Plätzen, Referatsleiter	entschuldigt
	Herr Guggenthaler		entschuldigt
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz	Herr Rehfeld-Klein	SenGuV	anwesend

Bezirksämter

BA – Friedrichshain-Kreuzberg	Frau Tonn	Grünflächenamt	anwesend
	Frau Kalepky	Stadträtin	entschuldigt
BA - Neukölln	Herr Kittelmann	Grünflächenamt	anwesend
BA – Treptow-Köpenick	Frau Roterberg-Alemu	Stadtplanungsamt	entschuldigt

Anwohner / Bürger

BI, Verein "Bäume am Landwehrkanal"	Herr Appel	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Frau Dorbert	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal	anwesend
	Herr Dohna	Anwohner	entschuldigt
	Frau Kleimeier	Anwohnerin	anwesend
	Frau Fortwengel	Anwohnerin	entschuldigt

Natur- / Umweltschutz

Grüne Liga Berlin	Herr Schael		nicht anwesend
-------------------	-------------	--	-------------------

Gäste

WSA-B	Frau Bodenmeier	Öffentlichkeitsarbeit Landwehrkanal	anwesend
Baumgutachter	Herr Dr. Barsig		anwesend
BUND	Herr Krauß		anwesend
IGB Berlin	Herr Dr. Wolter	IGB Berlin Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Abt. 4, Biologie und Ökologie der Fische	anwesend
BMVBS	Herr Zielke	Referatsleiter SW 24, Stadtentwicklung und Ver- kehr/Radverkehr	anwesend

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Vortrag
 - Gewässerökologie Landwehrkanal: Fischökologische Belange
 - Dr. Christian Wolter, IGB Berlin Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Abt. 4,
 - Biologie und Ökologie der Fische
4. Information zu Baumschnittarbeiten
5. Promotionsgast
6. Vortrag
 - Möglichkeiten und Grenzen von Radwegeplanung und –bau am Berliner Landwehrkanal aus Sicht des BMVBS
 - MR Guido Zielke, BMVBS, Referatsleiter SW 24, Stadtentwicklung und Verkehr/Radverkehr
7. Sonstiges
8. Verabschiedung

1. Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen und die Gäste, insbesondere Herrn Dr. Wolter vom IGB Berlin und Herrn Krauß vom BUND, zur 6. Sitzung des Arbeitskreises Naturhaushalt und Landschaftsbild. Für die Sitzung entschuldigt haben sich: Frau Fortwengel und Herr Dohna, Frau Kayser, Frau Rotermund-Alemu und ebenso Frau Kalepky, die angekündigt hatte, eine Vertretung aus dem Tiefbauamt zu schicken. Kurzfristig abgesagt hatte auch Herr Guggenthaler, Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Umweltschutz, der aufgrund seiner Zuständigkeit und auf Wunsch der Teilnehmer/innen zur Sitzung eingeladen wurde. Frau Voskamp wies darauf hin, dass voraussichtlich im Laufe der Sitzung noch Frau Boye hinzukommen würde: Wie bereits in der letzten Forumssitzung angekündigt, habe Frau Boye – Studentin des Studiengangs Umwelt und Ressourcenmanagement – angeboten den Arbeitskreis inhaltlich zu unterstützen.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Dr. Ernst wies darauf hin, dass es Informationen zu anstehenden Baumschnittarbeiten gäbe, so dass dieses Thema in die Tagesordnung aufgenommen werden sollten. Die Mediatoren schlugen vor, dies nach dem Vortrag von Herrn Dr. Wolter einzuschieben. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung von den Teilnehmer/innen beschlossen.

3. Gewässerökologie Landwehrkanal: Fischökologische Belange Dr. Christian Wolter

**IGB Berlin Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Abt. 4,
Biologie und Ökologie der Fische**

Frau Voskamp verlas einen Passus aus einer Email von Herrn Rehfeld-Klein, der die Zielsetzung der Sitzung und die Einordnung der Thematik in den Gesamtzusammenhang wiedergibt:

„... Es geht also nicht mehr vorrangig darum, darüber zu reden was alles theoretisch sinnvoll wäre, sondern um eine Konkretisierung der Maßnahmen im Zuge des weiteren Umsetzungsprozesses. Wo sind derartige Bautypologien jenseits des Urbanhafens sinnvoll unterzubringen. Die Zuständigkeit für diese Maßnahmen liegt ganz klar beim WSA (siehe Erlasslage des BMVBS); hier kann von unserer Seite nur fachliche Unterstützung gegeben werden.“

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Dr. Wolter für sein Kommen und übergaben das Wort an ihn.

Herr Dr. Wolter erklärte einleitend, dass er keinen speziellen Vortrag nur über den Landwehrkanal vorbereitet hätte, sondern auch allgemein etwas über Fische sagen wolle, da er davon ausginge, dass den meisten Zuhörer/innen Fische nicht so vertraut seien.

Man unterscheide zwischen

- rheophilen Fischen – in Gewässern mit Strömung – und
- limnophilen Fischen – in Stillgewässern und
- Fischen, die in beiden Gewässerarten leben könnten.

In Stillgewässern gebe es

- Pflanzenlaicher, die ihre Eier oberhalb des Bodens an Wasserpflanzen ablegen würden, wie z.B. den Hecht, und in Fließgewässern typische
- lithophile Fische, deren Eiablage auf kiesigen bis steinigen Substraten erfolge.

Flachwasserbereiche brauchten alle Fische, da dort die großen, gefräßigen Fische nicht hinkämen.

Alle Fische würden wandern, auch von Salzwasser in Süßwasserbereiche und umgekehrt, und es gebe auch Tagwanderer und Nachtwanderer. Welz, Karpfen und Schleie seien wechselwarm und zögen im Herbst stille Wasserbereiche vor, sie stellten im Winter das Fressen ein. Bei vielen Fischen seien Jung- und Adultfische an unterschiedlichen Stellen aufzufinden, da für Jungfische die Gefahr bestünde gefressen zu werden: sie wandern um ihr Überleben zu sichern. Fische zögen durchs Wasser zur Nahrungsaufnahme und benötigen Wandermöglichkeiten zur Kompensation bei Sauerstoffmangel, Flut und Trockenheit.

Herr Dr. Wolter berichtete von Untersuchungen der Fischbestände in Berliner Kanälen - unter anderen auch im Landwehrkanal aus den Jahren 2003 und 2008. Bei beiden Probefischungen zusammen hätte man 14 verschiedene Arten feststellen können, wobei in der Untersuchung im Jahr 2008 10 Arten festgestellt worden seien und davon zu 96,2 % die Plötze gefunden worden sei. Erschwerend für die Fortpflanzung der Fische im Landwehrkanal wirke, dass die Ufer gepflastert und teilweise sogar senkrecht aufsteigend gemauert seien: hier bestehe keine Möglichkeit zur Laichablage.

Die Fänge aus den Probefischungen würden auf Anzahl Fische / 100 m zurückgerechnet. So gab es Bereiche mit nur 2 Fischen / 100 m aber auch mit 2501 Fischen / 100 m an der Tiergartenschleuse oder mit 1546 Fischen / 100 m am Salzufer. In diesen Bereichen mit hohem Fischbesatz bildeten überhängende Bäume Ersatzstrukturen ähnlich der Wirkung von Schilf.

Beim Landwehrkanal könne es nur darum gehen, vorhandene Defizite auszugleichen, aber nicht darum, eine dem Fließgewässer vergleichbare Struktur aufzubauen. Zur Verbesserung des Fischbestands und seiner Vielfalt könne man beitragen, indem man die Fortpflanzung der Fische unterstütze und hierfür schützende Flachwasserbereiche schaffe.

Fische würden von Trittsteinbiotop zu Trittsteinbiotop wandern, so dass man nicht an jeder Stelle etwas machen müsse, sondern nur punktuell.

Der Landwehrkanal sei nicht isoliert zu betrachten; so böten sich beispielsweise die Tiergartengewässer an, wo mittels einer zu schaffenden Verbindung zum Landwehrkanal eine zugunsten von geeigneten Laichplätzen günstige Variabilität der Fließgeschwindigkeit und unterschiedliche Wassertiefen angeboten bzw. geschaffen werden könnten. An dem einen Ende des Landwehrkanals befinde sich ein Flutgraben, der nicht schiffbar und daher für Fische anpassbar sei. Hier gebe es die Möglichkeit, die Ufer zu modifizieren und Grobsubstrat und Kieslaichplätze anzubieten und auch die Strömungsgeschwindigkeiten zu variieren. Das Wehr unter der Brücke im Flutgraben müsse für Fische passierbar gemacht werden. Durch das Anbieten verschiedener Lebensraumbedingungen könne man auch die Artenvielfalt vergrößern.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Dr. Wolter für den erhellenden Vortrag und öffneten die Runde für Fragen und Diskussionsbeiträge.

Mit Beantwortung der von den Teilnehmer/innen aufgeworfenen Fragen wurden folgende wichtige Aspekte gesammelt, die insbesondere durch Herrn Dr. Wolter, Herrn Krauß (BUND) und Herrn Rehfeld-Klein dargestellt wurden:

▪ **Maßnahmen seien sinnvoll im Tiergartengewässer und am Flutgraben:**

Auf die Frage, ob in der Nähe der Baerwaldbrücke Flachwasserzonen denkbar seien, erklärte Herr Dr. Wolter, dass der Bereich optimal sei. Wichtig sei, dass genug Fläche zur Verfügung stünde, damit bei einem Wachstum der Wasserpflanzen die Wasserfläche nicht gleich zugewuchert sei. Er fasste noch einmal zusammen, dass es zwei Stellen gebe, wo neue Maßnahmen – und in einer anderen Qualität als Trittsteinbiotope - sinnvoll seien:

- Tiergartengewässer
- Flutgraben

An anderen Stellen mache das Anschütten von Kies wenig Sinn, da er jedes Jahr gesäubert werden müsse - und das sei erfahrungsgemäß nicht nachhaltig und verschwende eher Ressourcen.

▪ **Durch Maßnahmen in diesen beiden Bereichen könne zudem die ökologische Durchgängigkeit gefördert werden.**

Auf die eher grundsätzliche Frage, wo eine Umsetzung der WRRL am Landwehrkanal möglich sei, erklärte Dr. Barsig, er habe Herrn Dr. Wolter so verstanden, dass man am Flutgraben und am Tiergarten die Durchlässigkeit herstellen müsse.

Herr Rehfeld-Klein bemerkte zusätzlich, man müsse auch die Zulaufwassermengen von der Spree berücksichtigen.

Es wurde auch die Frage aufgeworfen, wie Schiffsschleusen zu betreiben seien, um auch für Fische zur Wanderung attraktiv zu sein. Das WSA gab an, dass das dafür notwendige Offenhalten der oberstromigen Tore aus baulichen und aus Sicherheitsgründen nicht gehe.

- **Maßnahmen sollten nachhaltig wirken** und beispielsweise nach 5 Jahren immer noch funktionieren, dabei sei das Knapper-Werden des Wassers und damit des Wasserzulaufes aus der Spree zu berücksichtigen.
- **Im Landwehrkanal sei eine Förderung derjenigen Arten sinnvoll, die in stehendem Gewässer leben können:**
Herr Krauß erklärte, dass der Kanal ein nahezu stehendes Gewässer sei und man die geeigneten Arten dafür fördern sollte.
- **Fische könnten problemlos trotz Schifffahrt existieren**, wenn sie größer als 15 cm sind, d.h. Jungfische müssen in Bereichen aufwachsen, die nicht von Schiffen befahren werden und dort wo sie sich verstecken können (z.B. Flachwasserbereiche).
- **Die Natur liebe die Unordnung:** es müsse folglich ein Kompromiss gefunden werden zwischen Ordnungsliebe und Denkmalpflege auf der einen Seite und Strukturen auf der anderen Seite, wie sie die Natur bevorzuge (z.B. Totholz). Im Landwehrkanal wäre dann die gleiche Artenvielfalt möglich wie in der Spree.
- **Bei Aufwertung der Strukturen für die Natur würde die Dominanz der Plötze und Barsche erhalten bleiben**, und die Varianz des anderen Fischbestandes würde vergrößert werden.

- **Durch eine Verbesserung der Wasserqualität würde sich nichts Grundlegendes an der Fischfauna ändern.**
- **Das Phänomen des Fischsterbens** sei seltener geworden und würde nicht zum Zusammenbrechen der Fischpopulation führen, es erfolge eine Kompensation durch das Fluchtverhalten der Fische.
- **Mögliche Aufweitungen in Form von Flachwasserbereichen müssten möglichst 5 - 10 m Länge landeinwärts haben**, um ökologisch wirksam zu sein; der Urbanhafen sei unter diesem Aspekt besonders interessant.
Hierbei seien die Eigentumsverhältnisse an den Ufern zu berücksichtigen, Luftbilder seien hilfreich.
- **Die Schaffung von Trittsteinbiotopen sei möglich, flächenhafte ökologische Maßnahmen seien im Kanal aus fachlicher Sicht nicht notwendig.**
- Maßnahmen machten vor allem dort Sinn, wo **ausreichend Raum** sei.
- **6-8 km Kanallänge ohne Maßnahmen seien für Fische kein echtes Wanderhindernis.**

Einige Anmerkungen zu anderen Lebewesen als der Fischfauna:

- **Eine Frage grundsätzlicher Art sei, welche Natur man am Landwehrkanal haben und fördern wollen:** Herr Krauß erklärte auf den Hinweis von Herrn Appel, dass es bei einer ökologischen Aufwertung nicht nur um Fische, sondern auch um Wasservögel, Krebse und Muscheln gehen müsse. Herr Krauß führte aus, dass es Tiere gebe, die mit den Lebensbedingungen der Stadt gut klar kämen; man dürfe den Kanal auch nicht schlecht reden - Frage sei, wie man Strukturen für welche Fauna und Flora schaffen könne. Brutvögel beispielsweise würden es schwer haben sich anzusiedeln, da ihre Nester durch den Wellenschlag zerstört würden. Auch Wasserpflanzen könnten sich aufgrund der mechanischen Kraft nicht halten. Die Erweiterung der Biodiversität sei unter den bestehenden Umständen am Landwehrkanal kaum zu erreichen.
- **Umgang mit Neozoen:**
Auf den Hinweis, dass es am Urbanhafen und am Prinzenbad schon Krebse gegeben habe, erklärte Herr Wolter, dass die einheimischen Krebse hier vor ca. 100 Jahren ausgestorben seien und daher nur noch amerikanische Flusskrebse (= Neozoen) vorkämen. Der fachliche Diskussionsstand gehe dahin, eine Förderung von einheimischen Arten zu unterstützen, nicht hingegen von Neozoen.

Resümee aus den gesammelten Aspekten:

- **Für die Etablierung ökologischer Maßnahmen gebe es Empfehlungen.** Einige Stellen im und am Kanal seien **g u t** geeignet für Maßnahmen, andere **g a r n i c h t**. Für beides seien in Frage kommende Bereiche auch bereits bekannt. Auch gebe es Bereiche, die noch nicht im Detail betrachtet worden seien. Hier gelte es, im weiteren Verlaufe Verhandlungsräume mit den Interessen der unterschiedlichen Verfahrensteilnehmer/innen zu nutzen.
- **UVS (Umweltverträglichkeitsstudie) und LBP (Landschaftspflegerischer Begleitplan)** könnten Aufschluss über die unterschiedlichen Bereiche und deren Bewertung geben.

Frau Dr. Ernst erklärte, sie nehme die Hinweise und Anregungen mit Interesse und viel Verständnis auf.

Auf eine entsprechende Frage der Teilnehmer/innen erklärte Frau Dr. Ernst, dass das Wasserstraßen-Neubauamt (WNA) Magdeburg, das sich als Unterstützung angeboten habe, lediglich die **V e r g a b e** der UVS vorbereite; die Leistung der Erstellung der UVS werde von Freiberuflern ausgeführt. Die Informationen von

Herrn Dr. Wolter seien beispielsweise auch eine gute Grundlage für eine durchzuführende Bestandserfassung. Mit dem WNA Magdeburg habe es erste Gespräche gegeben, weitere fänden noch vor der nächsten Forumsitzung am 23. November 2009 statt. Es sei geplant, die Überlegungen dazu auch dem Forum vorzustellen. Frau Dr. Ernst betonte, dass es ihr wichtig sei, mit dem Forum abzustimmen, was untersucht werden solle. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass das Forum für die Vorstellung das geeignete Gremium sei. Für die beabsichtigte Abstimmung über Inhalte und Ziele möglicher Untersuchungen seien die Lösungs Sondierungsgruppen der geeignete Ort.

Zur Frage, inwieweit das WSA Kenntnis über die Grundstücksverhältnisse am Landwehrkanal habe, erklärte Frau Dr. Ernst, dass die Eigentumsverhältnisse am Kanal bekannt seien; die vorliegenden Daten müssten allerdings noch aufgearbeitet werden, um sie nutzbar zu machen.

Die Suche nach den geeigneten Kompensationsmaßnahmen zu Eingriffen werde sie sicher noch beschäftigen, da dies komplex und teilweise schwierig sei und man in der WSV keine Biotopspielereien, sondern ökologisch sinnvolle und nachhaltige Lösungen umsetzen wolle. Sie hielt es beispielsweise für besser, eine große Maßnahme als viele kleine durchzuführen.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Dr. Wolter und fragten, ob er und Herr Krauß den Gremien des Mediationsverfahrens bei Bedarf weiterhin fachlich unterstützend zur Verfügung stünden, was beide bejahten. Herr Dr. Wolter stelle seine Präsentation gern dem Arbeitskreis und den Forumsteilnehmer/innen zur Verfügung, sie sollte jedoch nicht auf der Homepage des Verfahrens im Internet zugänglich gemacht werden.

4. Informationen über Baumschnittarbeiten

Frau Dr. Ernst berichtete, dass am 1. Oktober 2009 mit Herrn Dr. Barsig abgestimmt worden sei, dass ein großer Totholzbereich in der Weide Nr. 22 weggenommen werden solle. Er habe zuvor das WSA Berlin darauf aufmerksam gemacht, dass das Totholz an der Weide 22 zu entfernen sei.

Ein zweiter auffälliger Baum mit einem so genannten Unglücksbalken habe sich am Salzufer befunden. Herr Dr. Barsig habe nach heutiger Besichtigung zugestimmt, dass dieser entfernt werden könne. Es bestünde keine „Gefahr in Verzug“ und es handle sich auch um keine große Maßnahme. Frau Dr. Ernst regte an, dass – ähnlich dem Vorgehen bei „Gefahr in Verzug“ – der vorhandene Verteiler genutzt werden solle, um zukünftig solche Baumschnittarbeiten abzustimmen. Sie schlug eine kurze Rückmeldefrist von einer Woche vor. Die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises äußerten hierzu keine Einwände.

5. Promotionsgast

Wie angekündigt erhielt die Absolventin des Studiengangs Umwelt- und Ressourcenmanagement (Environmental and Resource Management) Virginia Boye die Gelegenheit, sich und ihr Anliegen dem Arbeitskreis vorzustellen. Sie bedankte sich für die Einladung und erläuterte, dass Sie für ihrer anstehende Promotion den Schwerpunkt urbane Ökologie (Biodiversity Management and Research) gewählt habe und dass sie vor diesem Hintergrund ein besonderes Interesse am Landwehrkanal habe. Ihr Anliegen sei es einerseits gewesen, im Rahmen ihrer für die Arbeit ohnehin erforderlichen Recherche dem Arbeitskreis ihre Unterstützung anzubieten. Andererseits sei sie interessiert, Anregungen zu erhalten von den Teilnehmer/innen des Arbeitskreises, was interessante Fragestellungen sein könnten.

Seit ihrer Anfrage bei den Mediatoren im Sommer 2009 habe sich ihre Situation dahingehend verändert, dass sie nun in einem Planungsbüro arbeite und nicht mehr so viel Zeit zur Verfügung habe für diese Arbeit.

Auf Nachfrage der Mediatoren nach ihrem konkreten Vorhaben und Anliegen erklärte sie, sie könne sich vorstellen, ein Konzept zur ganzheitlichen Entwicklung des Landwehrkanals zu entwickeln. Ihre Ergebnisse könne sie dann beispielsweise dem Mediationsforum zur Beurteilung vorstellen.

Frau Voskamp erläuterte daraufhin das Vorgehen in der Mediation: bevor ein Konzept entwickelt würde zur Sanierung des Kanals würde zuerst gemeinsam herausgearbeitet, was den Beteiligten und Betroffenen wie wichtig sei. Daraus sei ein Kriterienkatalog abgeleitet worden, der im Sinne einer Checkliste der Prüfung von Planungs- und Bauvorhaben dienen solle. Ziel sei, dass damit und zusammen mit den Untersuchungsergebnissen und den Erkenntnissen einer zu erstellenden Umweltverträglichkeitsstudie und eines Landschaftspflegebegleitplans letztlich ein mit allen im Mediationsverfahren Beteiligten abgestimmtes, ganzheitliches Konzept herauskäme. Frau Voskamp fragte die Teilnehmer/innen, ob sie Möglichkeiten für die Nutzung von Synergien sähen. Frau Bodenmeier verwies darauf, dass derzeit mit ähnlicher Zielsetzung ein Projekt des Masterstudienganges Landschaftsarchitektur der TU Berlin laufe, dessen Betreuer Frau Boye bestimmt ansprechen könne. Da zunächst keine weiteren Anregungen und Vorschläge genannt wurden, bedankten die Mediatoren sich für das Angebot und boten ihrerseits an, die Kontaktdaten von Frau Bodenmeier (Öffentlichkeitsarbeit Landwehrkanal des WSA) an Frau Boye zu mailen und die Daten von Frau Boye über dieses Protokoll der Sitzung an die Teilnehmer/innen zu verteilen, um bei Bedarf einen direkten Austausch zu ermöglichen:

Virginia Boye: b.gina@gmx.de

6. Möglichkeiten und Grenzen von Radwegeplanung und -bau am Landwehrkanal aus Sicht des BMVBS

MR Guido Zielke, BMVBS, Referatsleiter SW 24, Stadtentwicklung und Verkehr/Radverkehr

Die Mediatoren erinnerten daran, dass sie im Frühjahr 2009 auf Wunsch des Forums bei den verschiedensten Behörden und möglichen Vorhabenträgern angefragt hätten, wann wo und welche Maßnahmen im Umfeld des Landwehrkanals sich in Planung befänden. Bei der Präsentation der Antworten im Forum sei der Austausch über Fragen der Radwegeplanung zu kurz gekommen. Daher sei Bedarf an einer weiter gehenden Information über Möglichkeiten und Grenzen einer Radwegförderung am Landwehrkanal – d.h. innerstädtisch zugunsten einer Verbesserung der Verbindungen in Ost-West-Richtung – angemeldet worden. Da das Thema Radverkehr ursprünglich einmal in diesem Arbeitskreis „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ entstanden sei, sei sinnvoll, dies hier auch weiterhin zu belassen und zu bearbeiten.

Auf Anregung von Abteilungsleiter Törkel/ BMVBS hätten die Mediatoren Herrn Zielke vom BMVBS eingeladen, der dort zuständig sei für Stadtentwicklung und Verkehr, insbesondere Radverkehr, über die Thematik aus Sicht des BMVBS zu informieren und den Teilnehmer/innen für Fragen bereit zu stehen. Die Mediatoren bedankten sich für seine Bereitschaft und sein Kommen.

Zusätzlich hätten Sie den zuständigen Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Guggenthaler, eingeladen, der leider mit Schreiben vom 28. Oktober 2009 kurzfristig wie folgt abgesagt habe: „...der Sachstand zum Thema „Radwege entlang des Landwehrkanals“ ist Ihnen bekannt. Er wurde Ihnen auf einer Ihrer letzten Sitzungen von Frau Mangold-Zatti übergeben und ist bereits im Internet entsprechend kom-

mentiert worden. Weiterhin muss ich hinsichtlich der Radverkehrsanlagen auf die Zuständigkeit der Bezirke verweisen. Die späte Reaktion auf Ihre Einladung bitte ich wegen Krankheit und Urlaub zu entschuldigen.“ Die Teilnehmer/innen bedauerten, dass so leider kein für diese ihnen wichtige Thematik fachkundiger Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für einen Austausch zur Verfügung stehe.

Die Mediatoren übergaben das Wort an Herrn Zielke, der sich für die Einladung bedankte.

Herr Zielke erläuterte, dass er im BMVBS die nationale Radverkehrsplanung betreue, die seit 3 Jahren dem Bereich Stadtentwicklung zugeordnet sei. Der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehrsaufkommen erhöhe sich permanent. Es gebe kein Verkehrsmittel, das so umweltfreundlich sei wie das Fahrrad. Die beliebtesten Radwege lägen an Flüssen und Kanälen und diese befänden sich im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Politisch gebe es zahlreiche Ambitionen zur Ertüchtigung der vorhandenen Betriebswege an Flüssen und Kanälen, um damit gleichzeitig auch eine Nutzung dieser Wege als Radwege zu ermöglichen.

Für diesen Ansatz gebe es zwei Fall-Varianten in der Vorgehensweise:

- Die WSV habe bereits einen Betriebsweg an einer Wasserstraße und wolle diesen ausbauen und erweitern: in diesem Fall würde zuerst die zuständige Kommune über diese Ausbauabsichten unterrichtet. Wenn ihrerseits ein Ausbauinteresse für den Radverkehr bestehe, könne der Betriebsweg zu Lasten des Bundes ausgebaut und mit einem fahrradgerechten Wegebelaag ausgestattet werden. Planung, Ausschreibung und Durchführung der Maßnahme erfolge dann durch die WSV.
- Die interessierten Kommunen ermitteln aus ihrer Sicht die notwendige Erweiterung und den erforderlichen Ausbau der Betriebswege für den Radverkehr und gingen auf den Bund zu mit dem Anliegen, den Betriebsweg nutzen zu wollen. Planung, Ausschreibung und Durchführung der Maßnahme erfolge dann durch die Kommunen.

(siehe auch: www.nationaler-radverkehrsplan.de/neuigkeiten)

Vorrangiges Ziel sei es, die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt sicherzustellen, die Verkehrssicherungspflicht und die Pflege.

Herrn Zielke berichtete, dass ihm keine Anträge in Zusammenhang mit dem Landwehrkanal zur Ertüchtigung vorlägen. Er bedauerte, dass Herr Guggenthaler nicht da sei und damit als Gesprächspartner der Senatsverwaltung hier nicht zur Verfügung stehe.

Eine wesentliche Problematik am Landwehrkanal sei, dass Betrieb und Unterhaltung vom Wasser aus erfolgen, daher keine Betriebswege benötigt würden und damit auch kein Bundesinteresse bestünde.

Auf die Frage, ob, wenn keine Betriebswege vorhanden seien, es auch eine Möglichkeit für die Kommunen geben würde, Radwegemittel zu beantragen und wie es sich am Teltowkanal verhalte, wo der Bund sich wohl am Radwegbau finanziell beteilige, erläuterte Herr Zielke, dass dies von Bundeswasserstraße zu Bundeswasserstraße unterschiedlich gehandhabt werde; letztlich würde darüber jeweils im Aufsichtsbereich des BMVBS entschieden. Auf den Osten Deutschlands entfielen derzeit beispielsweise etwa 10 % und auf den Westen 90 % der bereitgestellten finanziellen Mittel für Radwege. Aus dem Teilnehmerkreis kam der Vorschlag, ob es möglich wäre, zu argumentieren, dass das WSA zur Erfüllung seiner Aufgaben auch auf Berliner Straßen fahre und ob es sich – quasi zum Ausgleich dafür - an kanalbegleitenden Radwegen finanziell beteiligen könnte. Herr Zielke erklärte, dass es ein politisches Interesse gäbe, Mischfinanzierungen, und das würde eine solche Lösung implizieren, zu vermeiden.

Herr Hädicke erläuterte den aus seiner Sicht entscheidenden Unterschied zwischen Teltowkanal und Landwehrkanal: beim Teltowkanal verlaufe die Eigentumsgrenze nicht direkt neben der Uferwand wie das beim LWK

der Fall sei und die Situation sei daher nicht vergleichbar. Frau Kleimeier ergänzte, dass es aus ihrer Sicht möglich sein müsste, darüber eine Verabredung zu treffen.

Herr Zielke führte aus, dass es denkbar sei, bei Einvernehmen mit dem Land Berlin bzw. den Bezirken auf den vorhandenen städtischen Flächen einen Betriebsweg anzulegen, unter der Voraussetzung, dass es einen entsprechenden politischen Wille gebe. Offen sei dabei die Klärung der Frage, ob das wirtschaftlich sei.

Herr Hädicke erklärte daraufhin, dass das WSA mit allen Gerätschaften und Arbeitsmitteln darauf eingerichtet sei, den Kanal vom Wasser aus zu unterhalten. Für eine Unterhaltung vom Land aus müssten komplett neue Gerätschaften angeschafft werden. Er führte weiter aus, dass Herr Augsten in den Außenbezirken außer dem Landwehrkanal noch 75 km weitere Wasserstraßen betreue. Um dies aus seiner Sicht wirtschaftlich zu gestalten, müsste dann mindestens die Hälfte vom Land aus betreut werden. Herr Hädicke betonte, dass seine Erläuterungen nicht heißen sollten, dass man in der WSV darüber nicht nachzudenken bereit sei. Er wies darauf hin, dass, wenn am Kanal ein Betriebsweg angelegt würde, der so ausgelegt werden müsse, dass auch Schwerlastverkehr darauf fahren könnte. Eine solch massive Bauweise hätte sehr wahrscheinlich wiederum Auswirkungen auf Flora und Fauna, gab Herr Zielke zu bedenken.

Dr. Barsig fragte nach, ob das WSA nicht vielleicht Betriebswege benötigen könnte, um die Sanierung des Kanals durchzuführen. Die Vertreter/innen der WSV erläuterten, dass alle in diesem Winter 2009/2010 ausgeschriebenen Maßnahmen vom Wasser aus auszuführen seien. Sie sähen derzeit nicht den Handlungsspielraum, die berechtigten Anliegen der Bürger/innen wirksam zu unterstützen. Sie seien bereit, die Argumentation wohlwollend zu unterstützen und würden auf jeden Fall nichts behindern wollen.

Frau Kleimeier schlug vor - um die Möglichkeiten für einen Betriebs-/Radweg auszuloten - eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen und fragte Herrn Zielke, ob diese aus dem Budget für Radwegmaßnahmen des Bundes zu finanzieren sei. Herr Zielke erinnerte, dass es einen ähnlichen Fall in Oranienburg gegeben habe, wo ein Betriebsweg ertüchtigt worden sei, damit man von Berlin bis zur Landesgartenschau fahren könne. Hierfür sei eine derartige Planungsvereinbarung mit Kostenübernahme durch den Bund getroffen worden. Eine Machbarkeitsstudie sei etwas gröber als eine Vorplanung und könne Modellcharakter haben. Aus seiner Sicht könnte dies ein gangbarer Weg sein, um zu mehr Klarheit zu kommen. Da der Bund keine Radwegeplanung finanziere, sondern nur die Ertüchtigung von Betriebswegen (zu Radwegen) müsste dies haushaltstechnisch besprochen werden.

Die Vertreter/innen der Bürger und Anwohner betonten nochmals, dass ein solcher Radweg in Ost-Westrichtung kanalbegleitend ein großer Wunsch von Bevölkerungsseite und wohl auch von Bezirksseiten sei. Herr Zielke erwiderte, dass man ihn nicht überzeugen müsse. Seiner Ansicht nach stünde man im Land Berlin dem Radverkehr auch sehr positiv gegenüber. Daher war sein Vorschlag, dass dies mit den Kolleg/innen in der Senatsverwaltung, d.h. mit dem zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Kunst, besprochen werden sollte. Für ein solches Gespräch stünde er auch persönlich sehr gern zur Verfügung. Die Teilnehmerinnen kamen darin überein, dass dieses Ziel zu verfolgen sei und dass neben Herrn Zielke / BMVBS und Herrn Kunst / SenStadt auch die Baustadträtin aus Friedrichshain-Kreuzberg, Frau Kalepky und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Herr Scholz/WSA sowie Frau Dr. Ernst/WSA für die Arbeitsgruppe Landwehrkanal und ein/e Bürgervertreter/in teilnehmen möchten. Antragsteller – egal ob Betriebsweg oder Radweg – sei in jedem Falle die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Die Mediatoren wurden von den Arbeitskreis-Teilnehmer/innen gebeten, einen solchen Termin mit diesen Beteiligten zu organisieren und zu leiten, was sie zusagten.

Die Teilnehmer/innen drückten nochmals ihr Bedauern darüber aus, dass Herr Guggenthaler /SenStadt in dieser Sitzung fehle und dass der Senat bezüglich dieser Thematik bisher lediglich auf das verweise, was bereits gebaut und finanziert worden sei und ansonsten auf die Zuständigkeit der Bezirke.

Herr Kittelmann / BZA Neukölln verwies darauf, dass der Neuköllner Bereich am Maybachufer mit hohem Aufwand bereits neu gestaltet worden sei. Er sehe keine Möglichkeit, dort einen Weg als Betriebsweg einzufügen. Das sei für ihn auch nicht vereinbar mit dem Anliegen, die Bäume zu schützen. Die Bürgervertreter/innen bestätigten dies und äußerten sich über die Situation am Maybachufer sehr positiv. Sie ergänzten, dass es gleichfalls Ziel sein müsse, die für Radfahrer lebensgefährlichen Situationen am Kanal zu beseitigen. Zudem seien auch die Klimaschutzziele zu verfolgen und vor diesem Hintergrund hätte eine Förderung des Radverkehrs auch eine volkswirtschaftliche Dimension.

Die Mediatoren fassten zusammen, dass die Beauftragung und Erstellung einer Machbarkeitsstudie über das Aufzeigen von Möglichkeiten der Förderung des Radverkehrs entlang des Landwehrkanals sehr hilfreich wäre. Dabei sollte beispielsweise auch geklärt werden, welche Kosten der Bund übernehmen könnte.

Das von Herrn Zielke angeregte Gespräch mit dem Land Berlin, dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie Vertretern des WSA Berlin und Anwohner/innen würden sie wie von den Teilnehmer/innen gewünscht vorbereiten und führen, wenn alle dazu bereit seien.

Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Zielke für den anregenden Vortrag und sein Kommen und wünschten ihm einen schönen Abend.

7. Sonstiges

Frau Kleimeier fragte nach, was das WSA in Bezug auf das Schreiben des Bauindustrieverbandes vom 25. Oktober 2009 unternommen habe. Damit alle Teilnehmer/innen die folgende Diskussion gut verstehen könnten, fassten die Mediatoren für diejenigen, die bisher keine Kenntnis davon hatten, den Inhalt des besagten Schreibens zusammen.

Der Brief des Bauindustrieverbandes sei an Tagesspiegel, Berliner Zeitung und Morgenpost gesandt worden. Es habe dazu auch eine Presseerklärung vom WSA/ Frau Bodenmeier – inhaltlich abgestimmt mit den Mediatoren - gegeben, in der gegenüber den genannten Tageszeitungen beispielsweise klargestellt wurde, dass in den Sommermonaten nicht gebaut würde. Über die Gründe für die Art und Weise des kommunikativen Verhaltens könne nur spekuliert werden.

Die Teilnehmer/innen baten die Mediatoren, beim Bauindustrieverband nachzuhaken, worum es ihm eigentlich gehe. Die Mediatoren ergänzten sagten zu, in einem ruhigen Moment dort einmal nachzufassen, wenn das der ausdrückliche Wunsch der Verfahrensteilnehmerinnen sei. Alle Teilnehmer/innen des Arbeitskreises sprachen sich dafür aus, diesem Schreiben nicht so viel Gewicht beizumessen.

Herr Hädicke ergänzte, dass es auch noch an anderen Wasserstraßen Baumaßnahmen anstünden und noch viel Gelegenheit für Firmen da sei, sich an den Ausschreibungen zu beteiligen. Die Pressemitteilung von Frau Bodenmeier habe argumentativ alle Aspekte aufgegriffen. Da es seiner Auffassung nach nicht nur um den Landwehrkanal gehe, habe er Zweifel, ob die Mediatoren dort tatsächlich nachfassen sollten. Frau Bodenmeier erläuterte nochmals, dass in Ihrem Schreiben die aufgeworfenen Punkte des Bauindustrieverbandes beantwortet worden seien. Dabei habe es sich nicht um eine Gegendarstellung gehandelt, die Senatsverwaltung habe

übrigens ähnlich reagiert. Die betreffenden Tageszeitungen hätten im Rahmen ihrer Recherche bei den verschiedenen Beteiligten davon Abstand genommen, das Thema aufzugreifen. Ihr Eindruck sei, dass bei den Urhebern der Presseerklärung möglicherweise ein hoher Aufklärungsbedarf im Hinblick auf die Mediation vorliege und sie schlug vor, diese daher einmal zu einer Mediationsforumssitzung einzuladen, um diese Missverständnisse zu klären und auszuräumen. Herr Kessen griff die Idee auf und erklärte, auf diese Weise bestünde die Gelegenheit, eine andere Kommunikation erlebbar machen zu können und so zu zeigen, dass die unterschiedlichen Interessengruppen auch anders miteinander umgehen würden. Insofern dies der Wunsch der Teilnehmerinnen sei, müssten die Mediatoren ein klares Zeichen erhalten, die Vertreter/innen des Bauindustrieverbandes zu einer Sitzung einzuladen.

Presserklärung des Bauindustrieverbandes und Darstellung des WSA Berlin sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

8. Verabschiedung

Die Mediatoren bedankten sich nochmals bei den Vortragenden und bei allen für ihr Kommen und wünschten allen einen guten Heimweg.